

Bundesverband mittelständische Wirtschaft
BVMW



ERFURTER MANIFEST

Juli 2005

**Mittelstand macht mobil
zur Bundestagswahl**

Der BVMW - Die Stimme des Mittelstands

Herausgeber:

**BVMW – Bundesverband mittelständische Wirtschaft,
Unternehmerverband Deutschlands e. V.**

Autoren:

**Gerd Behnke (Leitung)
Dr. Wolfgang Liebernickel
Karlheinz Stöckner
Eberhard Vogt
Philipp Vohrer**

Endredaktion: 05. Juli 2005

Inhaltsverzeichnis	Seite
Präambel	4
1. Privat statt Staat: Beschränkung staatlicher Tätigkeit auf Kernaufgaben	5
2. Bürokratieabbau jetzt: Staatliche Überregulierung beseitigen	6
3. Steuerreform: Betriebe und Bürger entlasten, Steuersystem vereinfachen	7
4. Arbeitsmarkt entfesseln: Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung	8
5. Soziale Sicherung: Sozialsysteme zukunftsfähig machen	9
6. Innovationsblockaden beseitigen: Konzentration auf neue Technologien	10
7. Energie und Umwelt: Nachhaltig wirtschaften, natürliche Lebensgrundlagen schützen	11
8. Praxisnahe Ausbildung: Schule muss Grundstein für den Beruf legen	12
9. Bildungsoffensive an Hochschulen: Mehr Wettbewerb und Selbstverantwortung für Universitäten	13
10. Gründungsklima verbessern: Neue Kultur der Selbständigkeit	14

Präambel

Wirtschaft am Scheideweg

Der Wirtschaftsstandort Deutschland steckt tief in der Krise. Trotz beeindruckender Erfolge im Außenhandel stagniert seit Jahren das Wirtschaftswachstum, die Binnennachfrage lahm. Die Zahl der Erwerbslosen verharrt scheinbar unabänderlich nahe der Fünf-Millionen-Marke, Tag für Tag gehen rund 1.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren. In Wirtschaft und Gesellschaft macht sich zunehmend Pessimismus breit.

Eine Ausnahme bildet der Mittelstand. Im Gegensatz zur Großindustrie, wo zehn Tausende Arbeitsplätze verloren gingen, hat er in den vergangenen Jahren sogar noch Tausende Stellen geschaffen. Und das, obwohl die Rahmenbedingungen alles andere als zuträglich waren. Denn die anhaltend gute Exportkonjunktur ging an den Klein- und Mittelbetrieben weitgehend vorbei. Zugleich wurden dem Mittelstand von der Politik immer neue Lasten aufgebürdet: Von der steuerlichen Benachteiligung gegenüber den Kapitalgesellschaften bis hin zu jährlich über 40 Milliarden Euro an Bürokratiekosten, die die 3,5 Millionen kleinen und mittelgroßen Unternehmen in Deutschland überproportional stark treffen.

Aus diesen Gründen knüpft der Mittelstand an Neuwahlen große Hoffnungen. Die Unternehmer erwarten von einer neuen Bundesregierung eine mittelstandsorientierte Wirtschaftspolitik, die endlich die dringend benötigten Impulse für Innovationen, Wachstum und Beschäftigung bringt. Denn der konjunkturellen Stagnation und dem weiteren Verlust von Arbeitsplätzen kann nur begegnet werden, wenn der Mittelstand als Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft deutlich und nachhaltig von bürokratischen Auflagen sowie bei Steuern und Abgaben entlastet wird. Vordringlich ist vor allem, die im internationalen Vergleich zu hohen Lohnzusatzkosten deutlich zu senken. Damit einhergehen muss eine radikale Vereinfachung des Steuersystems. Deutschland steht hier im direkten Wettbewerb mit den neuen EU-Mitgliedstaaten Mittelosteuropas.

Zuversicht, auch in wirtschaftlich schwieriger Lage, zeichnet den unternehmerischen Mittelstand aus. Diesen Optimismus will der BVMW stärken. Deshalb sieht er es als seine Aufgabe an, in Berlin und Brüssel für investitions- und beschäftigungsfördernde Rahmenbedingungen zu kämpfen. Die Ziele sind klar. Sie heißen mehr Wachstum und Beschäftigung und zugleich weniger Staat.

Den Weg dorthin weist das Erfurter Manifest. Es fasst die Kernforderungen des BVMW zu den Bundestagswahlen 2005 zusammen. Die Überschrift „Mittelstand macht mobil“ verweist auf das Politische Grundsatzprogramm des BVMW. Dabei versteht sich das Erfurter Manifest als Fortschreibung, die den sich wandelnden politischen Gegebenheiten Rechnung trägt. Der BVMW und damit der Mittelstand ist bereit, diesen Wandel zum Wohle des Wirtschaftsstandortes Deutschland aktiv mit zu gestalten.

1. Privat statt Staat: Beschränkung staatlicher Tätigkeit auf Kernaufgaben

Bund, Länder und Kommunen treten zu oft in Konkurrenz zu privaten Unternehmen und produzieren Güter und Dienstleistungen, anstatt diese vom Markt zuzukaufen. Verwaltung, Staats- und kommunale Betriebe sollen keine wirtschaftlichen Tätigkeiten ausüben, wenn diese von Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft oder Angehörigen der Freien Berufe mindestens genauso effizient und kostengerecht erledigt werden können.

Eine Privatisierungsoffensive des Staates soll indes nicht lediglich als probates Mittel zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern betrachtet werden. Vielmehr muss Privatisierung zu einer Belebung der mittelständischen Wirtschaft und zu einer Vielzahl von Existenzgründungen führen – erst dadurch werden die öffentlichen Kassen nachhaltig entlastet.

Unsere Kernforderungen:

- Senkung der Staatsquote in den nächsten vier Jahren von bisher rund 49 Prozent um einen Prozentpunkt pro Jahr.
- Wettbewerbsgleichheit zwischen öffentlichen und privaten Leistungsträgern: Abbau von Subventionen, Gleichbesteuerung der Leistungsträger, öffentliche Rechnungslegung.
- Transparente, mittelstandsgerechte Ausschreibungen öffentlicher Leistungen und Aufgaben, vor allem auf kommunaler Ebene (z. B. Ver- und Entsorgung und Bauwesen).
- Verstärkter Aus- und Aufbau der Infrastruktur unter Einbeziehung privater Finanzierungs- und Betreibermodelle (Public-Private Partnership), z. B. bei Fernstraßen, öffentlichem Nahverkehr, Energieleitungen, Kläranlagen, Krankenhäusern u. a. m.
- Kurzfristige Privatisierung der gesamten staatlichen Beteiligungen sowie des Immobilienvermögens von Bund, Ländern und Kommunen, das nicht unmittelbar zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben benötigt wird.

2. Bürokratieabbau jetzt: Staatliche Überregulierung beseitigen

Bürokratische Hürden einzureißen, ist inzwischen politischer Konsens. Doch die Realisierung lässt auf sich warten. Unternehmer und Existenzgründer leiden unvermindert weiter unter den Hemmnissen und Kosten der wuchernden Bürokratie. Diese Mittel fehlen, um flexibel auf die Anforderungen der Märkte reagieren zu können.

Unsere Kernforderungen:

- Einbeziehung des unternehmerischen Mittelstandes in eine „Initiative Bürokratieabbau“ durch die Bundesregierung.
- Jährlicher Bürokratieabbau-Bericht des Bundeswirtschaftsministers.
- Konsequente Durchsetzung der geltenden Vorschrift, dass Gesetzentwürfe von Bund und Ländern durch Experten auf Auswirkungen für den Mittelstand geprüft werden (Mittelstandsauswirkungsklausel).
- Prüfung der Notwendigkeit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit aller Gesetze und Verordnungen nach Ablauf von 3 Jahren.
- Neufassung des Antidiskriminierungsgesetzentwurfs entsprechend den EU-Vorgaben.
- Umsetzung der Güte- und Prüfbestimmungen für mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen.
- Vollständige Freigabe der Ladenöffnungszeiten.
- Erlass eines Freistellungsgesetzes, das Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten von statistischen Auskunftspflichten und bürokratischen Vorgaben des Arbeitsrechts freistellt.
- Aufhebung der Zahlung von Pflichtbeiträgen gegenüber den Industrie- und Handelskammern, Berufsgenossenschaften sowie anderen ständestaatlichen Organen. Einführung einer leistungsbezogenen Gebührenordnung für eine freiwillige Mitgliedschaft der Unternehmen.

3. Steuerreform: Betriebe und Bürger entlasten, Steuersystem vereinfachen

Unser Steuersystem ist viel zu kompliziert und ungerecht. Rund 70 Prozent der weltweiten Steuerliteratur stammen aus Deutschland. Im Mittelstand, wo in die Betriebe investiert wird und Arbeitsplätze entstehen, erreicht die Steuerlast in der Spitze fast 50 Prozent. Dagegen werden die Konzerne entlastet, Kapitaltransaktionen steuerlich freigestellt.

Als Hochsteuerland stehen wir im Wettbewerb zu den Niedrigsteuer- und Niedriglohnländern Mittelosteuropas. Ohne eine radikale Umgestaltung unseres Steuersystems hat der Wirtschaftsstandort Deutschland keine Zukunft. Der Mittelstand verlangt Steuergerechtigkeit und -vereinfachung.

Unsere Kernforderungen:

- Eine rechtsformunabhängige Besteuerung der Unternehmen.
- Beschränkung auf zwei Steuerarten bei einem jeweils einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent auf Einkommen (Lohn bzw. Unternehmergeinn) und Konsum (Produkt- bzw. Naturverbrauch).
- Die Sicherung der Unternehmensnachfolge durch eine degressive Minderung der Erbschaftsteuer bis hin zum Erlass bei Fortführung des Betriebs über mindestens zehn Jahre.
- Die Förderung von Eigenkapitalbildung im Unternehmen durch steuerliche Freistellung von reinvestierten Gewinnen.
- Schrittweiser Abbau aller Subventionen und Steuervergünstigungen um jährlich zehn Prozentpunkte über zehn Jahre („Formel 10x10“).

4. Arbeitsmarkt entfesseln: Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist bedrückend. Die bisherige Arbeitsmarktpolitik hat versagt. Ein Politikwechsel ist geboten. Zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sind sowohl schnell wirksame Sofortmaßnahmen als auch tief greifende Strukturreformen einzuleiten. Arbeits- und tarifrechtliche Schutznormen und Zwänge sind nachhaltig abzubauen, damit sich Investitionen für mehr Wachstum und Beschäftigung wieder lohnen.

Unsere Kernforderungen:

- Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für uneingeschränkte betriebliche Bündnisse für Arbeit im Tarifrecht und in der Betriebsverfassung. Betriebsautonomie vor Tarifautonomie.
- Vollständige Abkehr vom Flächentarifvertrag und Allgemeinverbindlichkeit.
- Abschaffung des Kündigungsschutzes für alle Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten.
- Fortfall der Mitbestimmung bei Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten.
- Ausrichtung der Lohnpolitik am Ergebnis des Unternehmens. Stärkere Lohndifferenzierung und mehr erfolgsabhängige Entlohnung.
- Stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit. Klare Optionen für langfristige Arbeitszeitkonten (Jahresarbeitszeit). Liberalisierung befristeter Arbeitsverträge.
- Keine Ausweitung des Geltungsbereichs für das Arbeitnehmerentendegesetz, sondern eine Neufassung, die Missbrauch vermeidet.
- Schaffung der Voraussetzungen für einen flächendeckenden Einstieg in die kommunale Trägerschaft bei der Vermittlung von Arbeitslosen.

5. Soziale Sicherung: Sozialsysteme zukunftsfähig machen

Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland stehen vor dem Kollaps. Jeder dritte Euro fließt in den sozialen Konsum. Als Folge der explodierenden Lohnzusatzkosten muss unsere Industrie die weltweit höchsten Lohnstückkosten schultern. Frühverrentung belastet die Sozialsysteme mit jährlich nahezu 40 Milliarden Euro.

Neue, sozialversicherungspflichtige Jobs entstehen nur, wenn die Unternehmen jetzt durch Senkung der Lohnzusatzkosten entlastet werden. Mittelfristig ist die generelle Abkoppelung der Sozialabgaben von den Löhnen unumgänglich. Der Aufbau einer eigenverantwortlichen, privaten Vorsorge bei Gesundheit und Rente ist fortzusetzen.

Unsere Kernforderungen:

- Förderung der Eigenvorsorge zur Alterssicherung; massive Kürzung der gesetzlichen Rentenzahlungen bei einem Rentenbeginn vor 65.
- Einbeziehung von Politikern, Beamten und Selbständigen in den Kreis der Beitragszahler zur gesetzlichen Rentenversicherung.
- Verursachungsgerechte Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) mit sozialer Abfederung von Härtefällen; Einführung eines Selbstbehalts nach dem Vorbild der privaten Krankenversicherung.
- Einfrieren des Arbeitgeberanteils an der GKV bei sechs Prozent und Auszahlung an den Arbeitnehmer zur Stärkung der Eigenverantwortung.
- Streichung aller versicherungsfremden Leistungen aus dem Erstattungskatalog der GKV; Wiedereinführung der Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.
- Bessere Rahmenbedingungen für eine kinderfreundliche Familienpolitik, insbesondere hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

6. Innovationsblockaden beseitigen: Konzentration auf neue Technologien

Der Rohstoff für unsere Zukunft besteht aus Wissen. Damit aus wissenschaftlichen Erkenntnissen letztlich immer wieder neue, weltmarktfähige Produkte und Dienstleistungen entstehen können, müssen Staat und Politik Rahmenbedingungen setzen, die die notwendigen Freiräume für innovative Tätigkeiten und technologischen Fortschritt sichern.

Gegenwärtig erleben wir jedoch eher ideologische Vorbehalte und die Entfaltung bürokratischer Hürden gegenüber neuen innovativen Technologien und Forschungsergebnissen in offensichtlichen Wachstumsbereichen, wie z.B. in der Energie-, der Gen- und Biotechnologie. Diese parteipolitisch motivierten Innovations- und Technologieblockaden müssen unverzüglich beseitigt werden.

Unsere Kernforderungen:

- Mehr Freiheit und langfristige Sicherheit, mehr Offenheit und Risikobereitschaft für die Forschung. Abbau irrationaler Technikängste in der Bevölkerung durch entsprechende Aufklärungskampagnen in den Medien.
- Stärkere Effizienzkontrolle bei staatlich geförderten Forschungsprojekten. Stärkere Förderung konkreter Projekte statt von Institutionen.
- Beschleunigung von Zulassungsverfahren und Verbesserung steuerlicher Rahmenbedingungen im Interesse einer schnelleren Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte und Dienstleistungen.
- Rücknahme des Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts und Erarbeitung einer Neufassung, die Forschung und Anwendung erleichtert und nicht behindert.
- Gleichbehandlung bei der Förderung privater und öffentlicher Forschungsinstitute.
- Unterstützung von Mittelstandskooperationen unter Einbindung von Forschungsinstituten als Forschungsverbund. Vereinfachung des Zugangs zu Fördervorhaben bei Antragstellung und Vergabeverfahren.

7. Energie und Umwelt: Nachhaltig wirtschaften – natürliche Lebensgrundlagen schützen

Der BVMW hat als erster deutscher Wirtschaftsverband nachhaltiges Wirtschaften und betrieblichen Umweltschutz als Ziele in seiner Satzung festgeschrieben. Diese Position beruht auf der Erkenntnis, dass nur der Mittelstand in der Lage ist, eine dauerhaft zukunftsfähige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft bei gleichzeitigem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu garantieren.

Die ökologischen Umverteilungsmaßnahmen des Staates mit immer höheren Steuer- und Abgabenlasten, einer ausufernden Umweltbürokratie und immer weiteren Umweltämtern lösen hingegen keine Probleme, sondern strangulieren den Mittelstand und verspielen die Zukunft der nächsten Generation.

Unsere Kernforderungen:

- Anreize schaffen für freiwillige Anstrengungen im betrieblichen Umweltschutz (z. B. durch Gütezeichen „ECOMade in Germany“) statt staatlicher Überregulierung.
- Privilegierung von Klein- und Mittelbetrieben, die sich dem Öko-Audit-Verfahren unterworfen haben, durch Möglichkeit der Selbstkontrolle („Eigenmonitoring“) und Freistellen von staatlichen Auflagen.
- Steuerbefreiung für innovative Umweltexistenzgründer in einer dreijährigen Startphase.
- Senkung der Strompreise durch Transparenz und Wettbewerbsgleichheit unter den Energieanbietern; Regulierungsbehörde, die wirksam gegen das Preisdiktat des Strom-Oligopols auf dem deutschen Markt vorgeht.
- Ende der mittelstandsfeindlichen Ausschreibep Praxis der Kommunen mit Exklusivverträgen bis zu 30 Jahren für wenige Großunternehmen, etwa bei Energieversorgung sowie Abfallentsorgung und Recycling.
- Konsequente Umsetzung einer nachhaltigen Energieversorgung, die wesentlich auf Einsparung, Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau regenerativer Energien sowie innovativer Energiedienstleistungen setzt.

8. Praxisnahe Ausbildung: Schule muss Grundstein für den Beruf legen

Trotz großer Anstrengungen der mittelständischen Unternehmen bleibt es schwierig, alle Schulabgänger mit einem Ausbildungsplatz zu versorgen. Zehn Prozent der Jugendlichen gelten als nicht ausbildungsreif, genau so viele junge Leute verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss.

Die Bildungspolitik steht weiterhin unter einem starken Modernisierungsdruck. Wirtschaftliches Grundwissen wird immer mehr zur Voraussetzung für gute Chancen im Beruf.

Unsere Kernforderungen:

- Einführung eines eigenen Schulfaches „Wirtschaftskunde“ an den allgemein bildenden Schulen ab der 5. Klasse.
- Grundlegende Überarbeitung der Lehr- und Ausbildungspläne zur Überwindung der Rückstände in den Kernkompetenzen Mathematik, Naturwissenschaften, Deutsch und Fremdsprachen.
- Jährliche wirtschaftsnahe Fortbildung des Lehrpersonals, einschließlich Pflicht-Praktika in Betrieben.
- Aufnahme der Möglichkeiten von Existenzgründungen in den Lehr- und Ausbildungsplan.
- Abitur bereits nach zwölf Schuljahren bundesweit.
- Besondere Förderung von Eliteschülern.

9. Bildungsoffensive an Hochschulen: Mehr Wettbewerb und Selbstverantwortung

Die Unternehmer haben wie keine andere Gruppe in Deutschland einen Überblick über die tatsächliche Leistungskraft des Bildungssystems, denn sie sind die Abnehmer seiner „Produkte“. Das Ergebnis ist ernüchternd: Inhalt und Didaktik von Ausbildung und Studium haben mit dem Tempo des Strukturwandels nicht Schritt gehalten, sondern sind mittlerweile weitgehend abgekoppelt von den Bedürfnissen der Wirtschaft.

Da Wissen der wichtigste Rohstoff und der entscheidende Standortfaktor Deutschlands ist, müssen Mittelmäßigkeit und Überregulierung des Bildungssystems bekämpft werden. Wissenschaft und Forschung „Made in Germany“ müssen wieder Anschluss an die Weltspitze finden.

Unsere Kernforderungen:

1. Reform des Bildungssystems muss eine Spitzenstellung in der politischen Agenda einnehmen.
2. Schaffung national verbindlicher Bildungsstandards. Wege zum Erreichen dieser Standards können regional unterschiedlich sein. Straffung der Ausbildungszeit für Akademiker (Schule und Studium) um ein bis zwei Jahre.
3. Größere Handlungsspielräume, mehr Selbstverantwortung und Wettbewerb in und zwischen den Hochschulen durch eine weitgehende Unabhängigkeit in Finanz-, Verwaltungs- und Personalangelegenheiten.
4. Hochschulen sollen sowohl ihre Studierenden als auch ihr Lehrpersonal selbst auswählen dürfen. Gehälter des Lehrpersonals müssen sich an *Leistung* orientieren.
5. Einführung von Studiengebühren als wichtiges Instrument für mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen. Vergabe von Bildungsdarlehen für Studierende aus einkommensschwachen Haushalten.
6. Regelmäßige Anpassung der Studiengänge an die technischen Entwicklungen und die Bedürfnisse der Wirtschaft. Verstärkter Ausbau praxisnaher Berufsakademien. Einheitliche Regelung der Zulassung von Berufspraktikern zum Hochschulstudium.

10. Gründungsklima verbessern: Neue Kultur der Selbständigkeit

Die Rahmenbedingungen für den unternehmerischen Mittelstand in Deutschland, wie Überregulierung, Bürokratie, hohe Steuern und Abgaben sowie Finanzierungsprobleme, stören nach wie vor die Gründung von selbstständigen Existenzen. Weiterhin schadet die gegenwärtig geführte Kapitalismus-Debatte nicht nur dem Wirtschaftsstandort Deutschland, sie verschreckt auch ausländische Investoren und führt zur Verzerrung des Unternehmerbildes in der Öffentlichkeit.

Es sind jedoch vor allem mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer, die hierzulande neue Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen. Deutschland braucht mehr Unternehmerinnen und Unternehmer, dafür ist eine neue Kultur der Selbständigkeit Voraussetzung.

Unsere Kernforderungen:

- **Eigenständiger und nachhaltiger Beitrag der Schulen, Hochschulen und öffentlichen Verwaltung an der Verbesserung des Gründungsklimas in Deutschland.**
- **Stärkere Förderung der Chancengleichheit für Frauen und Männer bei Existenzgründungen.**
- **Reduzierung und Vereinfachung sowie spürbare zeitliche Verkürzung der Genehmigungsverfahren für Existenzgründer.**
- **Einrichten einer einzigen Anlaufstelle („One-stop-agency“) für Existenzgründer.**
- **Stärkere Förderung von Start-ups und innovativen Gründern; Reduzierung der Mittel für Ich-AGs und ABM.**
- **Initiativen für Existenzgründungen an Hochschulen / Universitäten; Gründung bzw. Ausbau und Förderung von entsprechenden Lehrstühlen.**